

Ringen um die Rehabilitierung

In Baden-Württemberg trafen sich Opfer der Berufsverbote mit Landtagsabgeordneten von SPD und Grünen

Johannes Supe

Über vier Jahrzehnte nach der Einführung des »Radikalenerlasses« beschäftigen sich auch Politiker Baden-Württembergs mit den Opfern der Berufsverbote. Ein erster runder Tisch zwischen Betroffenen und Landtagsabgeordneten von SPD und Grünen fand am 19. Juni statt.

»Dieser Austausch war ein erster Schritt«, sagte Klaus Lipps, Sprecher der Initiative »40 Jahre Radikalenerlass«, auf Nachfrage von *junge Welt*. Die Landtagsabgeordneten Ulrich Sckerl und Beate Böhlen (beide Grüne) sowie das SPD-Fraktionsmitglied Rita Haller-Haid nahmen an dem Treffen teil. Ihnen schilderten die Opfer der Berufsverbote ihre Fälle. Und sie nannten ihre Forderungen: Die rot-grüne Landesregierung müsse eine Entschuldigung aussprechen und sie vollständig rehabilitieren. Zudem müssten jene Personen eine Entschädigung erhalten, für die das Berufsverbot Altersarmut zur Folge hat.

Bereits im Dezember vergangenen Jahres versammelten sich gut zwei Dutzend Betroffene und Gewerkschafter vor dem baden-württembergischen Landtag. In der Folge wurden die Abgeordneten mit Briefen und E-Mails überhäuft. Ohne die Aktionen, erklärte Lipps, wäre es ein halbes Jahr später wohl nicht zum runden Tisch gekommen.

Es sei allerdings mit Gegenwind zu rechnen, sagte Martin Hornung, der sich auch bei »40 Jahre Radikalenerlass« engagiert. Während frühere Bemühungen um die Rehabilitierung der Geschädigten in Bremen und Niedersachsen auch von der CDU mitgetragen wurden, mauerten die Christdemokraten in Baden-Württemberg. Hornung befürchtet zudem, dass die Anliegen der Betroffenen auf die lange Bank geschoben würden. »Man hat uns beim runden Tisch erklärt, die Aufarbeitung unserer Fälle dauere ein Jahr. Das ist zu lang.« Die Umsetzung der Forderungen müsse sofort angegangen werden.

Infolge des Ministerpräsidentenerlasses vom 28. Januar 1972 wurde in den Ländern und auf Bundesebene die Möglichkeit von Berufsverboten für politisch missliebige Staatsbedienstete

geschaffen. In Baden-Württemberg kam es zu mehreren hundert Verfahren. In der Regel trafen sie Lehrer, jedoch auch Post-Beamte. Besonders oft wandte man den Erlass gegen Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), aber auch gegen Friedensaktivisten an. Noch 2004 schlossen Baden-Württemberg und Hessen einen Realschullehrer aus dem Staatsdienst aus, weil er sich in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg und in der Roten Hilfe engagierte. Erst drei Jahre später wurde der Entscheid für unrechtmäßig erklärt.

<http://www.jungewelt.de/2015/07-15/005.php>